



Das politische Jahr im Rückblick:

Pattex-Koalition bewegt wenig in Altona

„Und diese Partei habe ich mal gewählt, nie wieder!“ Dieser Ausruf war in diesem Jahr mehrfach von Bürgern zu hören, die sich einen persönlichen Eindruck von der real existierenden Kooperation von CDU und GAL gemacht haben. Enttäuschung macht sich nicht nur bei CDU-Wählern breit, nicht minder groß ist der Frust bei den GAL-Anhängern, die sich über unsinnige und bürgerferne Entscheidungen der schwarz-grünen Mehrheit in Ausschüssen und Bezirksversammlung wundern.

Die politische Landkarte verändert sich in Altona rasant. Die CDU versucht, die SPD „links“ zu überholen und will sich gegenüber der Landesebene als „Reformer“ profilieren. Wiederholt werden Anträge zur Flüchtlingspolitik gestellt. Mal geht es um Abschiebestopps für afghanische Familien (sofern die Kinder gut in der Schule sind!) und Verbesserungen für illegal hier lebende Flüchtlinge. Ein anderes Mal wird der sonst für so wichtig gehaltene Wirtschaftsverkehr stranguliert, indem eine Fahrspur auf der Stresemannstraße der GAL-nahen Bürgerinitiative geopfert werden soll. Schließlich gehe es darum, dass die „CDU lernt, mit den Inis zu reden“ (GAL Altona). Ob andere Stadtteile und Bürger durch den so verdrängten Schwerlastverkehr die Belastungen tragen müssen, interessiert bei diesen pädagogischen Manövern nicht. Die SPD hat der Verengung auf drei Fahrspuren nicht zugestimmt und statt dessen erfolglos ein gesondertes Gutachten gefordert.

Die GAL setzt – ganz im grünen Bundestrend - immer mehr auf Marktwirtschaft und Wettbewerb. So wird die SPD-Forderung abgelehnt, den drei Beachclubs am Hafenrand eine Chance bei der Ausschreibung der Parkplatzfläche neben dem Fährterminal zu geben. Wir wollten, dass hier nicht das höchste Gebot zum Zuge kommt, sondern der besondere touristische und Freizeitwert der Beachclubs gegengerechnet wird. Die GAL dagegen unterstützt die Finanzbehörde, die an den Meistbietenden verpachten will. Vermutlich bedeutet dies das Aus für die beliebten Beachclubs, denn Ersatzflächen gibt es sonst nicht.

Schwarz-Grün fährt gerne Huckepack

Für die CDU in Senat und Bürgerschaft ist Altona eine hübsche Baustelle, in der punktuell nach Herzenslust herumgeschaufelt wird. Ole von Beust verkündete Ende November, dass neben der "Bildungsoffensive" (wesentlich kleinere Klassen an einem Drittel aller Hamburger Grundschulen) in den kommenden fünf Jahren auch eine "Familienoffensive" und eine "Quartiersoffensive" umgesetzt werden sollen. Der Senat will die zahlreichen Maßnahmen in einem Programm "Lebenswerte Stadt" zusammenfassen. Die "Quartiersoffensive" ist ein neues Projekt, mit dem sechs Quartiere mit sozialen Schieflagen gefördert werden: Wilhelmsburg, Billstedt, Barmbek-Süd, Altona-Altstadt, Lohbrügge-Ost und Steilshoop. 2007 sollen dort zehn Millionen Euro hineinfließen. CDU und GAL in Altona haben dagegen den SPD-Antrag abgelehnt, in dem wir nachhaltige Anstrengungen zur Stadtentwicklung fordern und nicht nur Strohfeder anzünden wollen. Der Senat bastelt derweil weiter am Sportpark Volkspark, dem Neubau der Schule Chemnitzstraße und dem nach Schließung

des Bismarckbades versprochenen Schwimmbadneubau an der Holstenstraße. In Teufelsbrück wird dann auch mal ordentlich Geld für das bürgerlich-konservative Wählerklientel in den Elbvororten ausgegeben: 1,3 Millionen Euro stellt der Senat jetzt zur Verfügung, um den südlich des Jenischparks gelegenen Platz an der Elbchaussee zu vergrößern und umzugestalten. Der aus einem Workshop hervorgegangene Entwurf des Landschaftsarchitekten Dieter Schramm enthält eine deutliche Aufwertung des Platzcharakters. Granitplatten und ein neues Beleuchtungskonzept sollen zum Begehen des Platzes einladen. Die SPD hatte andere Prioritäten: Wir wollten mit den Steuergeldern lieber den Eckhoffplatz in Lurup aufwerten.

Anhörungen sind „Populismus“

Für die SPD als Opposition ist der enge Dialog mit den Bürgern, Betrieben und Vereinen eine Chance, wieder Mehrheiten zu gewinnen. Wir halten engen Kontakt zu all denen, die von Veränderungen negativ betroffen sind. Das Instrument der Anhörung eignet sich dafür hervorragend, weil politische Entscheidungen transparent werden. CDU und GAL fallen dabei regelmäßig auf die Nase, weil sie die Bürger nicht wirklich überzeugen können. Beispiele: Auf dem Flottbeker Markt werden Marktbesucher verunsichert, weil Aldi einen Teil der Fläche zum Tausch bekommen soll. Der auf dem Ottenser Spritzenplatz von CDU und GAL geplante teure und überflüssige Pavillon fällt ebenfalls durch. Und der vom Bezirksamt und der schwarz-grünen Koalition unprofessionell gemanagte Umzug der Internationalen Schule vom Holmbrook an den Hemmingstedter Weg verzögert sich um viele Monate. Nach langem Tauziehen mit den Sportvereinen muss jetzt doch die Erweiterungsfläche für den Botanischen Garten dran glauben. Der durch die Schule entstehende zusätzliche Verkehr („Elterntaxi“) und die auch mal lauten Kinderstimmen verärgern vor allem CDU-Wähler, die sich eine fette Wertsteigerung ihrer Grundstücke nach Abbau des ungeliebten Flüchtlingsdorfes erhofft hatten.

In Altona-Altstadt reagierten Bürger, Kirche und Schulelternrat mit Protesten, als bekannt wurde, dass die Drogenhilfeeinrichtung STAY ALIVE von St. Pauli an die Mörkenstraße umziehen wollte. Die SPD schlug auf dem Höhepunkt der Debatte eine Bürgeranhörung vor und wollte erst danach entscheiden. GAL-Fraktionsvize Sven Kuhfuß beschimpfte die SPD dafür als „Populisten“. Denn die Koalition hatte sich schon für den Standort entschieden und ließ sich von den Protesten nicht beeindrucken. Bürgerbeteiligung als Populismus, diese Gleichsetzung von einer ehemaligen Bürgerrechtspartei zu hören, verwundert selbst eingefleischte GAL-Wähler.

In die Negativschlagzeilen kam Altona im Spätsommer, weil übereifrige Strategen in den Fraktionen von CDU und GAL Bezirksamtsleiter Fock an den Kragen wollten. Die vorzeitige Abwahl scheiterte dann überraschend, weil die GAL-intern vorher nicht informierte Parteispitze die Notbremse zog. Die Karrierepläne von Uwe Szczesny (CDU) und Winfried Sdun (GAL) platzten. Zurück bleibt ein angeschlagener und seiner Autorität beraubter Bezirksamtsleiter Fock (FDP). Das Damoklesschwert der Abwahl schwebt aber nach wie vor über ihm.

Unter dem Strich war für Altona das Jahr 2006 davon geprägt, dass der Senat mit Blick auf die Wahl 2008 vollmundige Versprechungen abgegeben hat. Die genannten Projekte wirken allerdings nur punktuell und verbessern die benachteiligten Stadtteile nur wenig. CDU und GAL pflegen dagegen lieber die Legende von der „großen Love-Story“ (Morgenpost). Sie haben aber nur wenig Kraft, eigene Schwerpunkte im Bezirk zu setzen, die auch der Mehrzahl der Bürger nützen. Beide Fraktionen kleben dafür wie Pattex aneinander. Anträge und Pressemitteilungen werden nur gemeinsam formuliert, Gespräche gibt es nur im Doppelpack mit CDU- und GAL-Fraktionsspitze. Widersprüche zur Landesebene werden geleugnet und weichgezeichnet. Schon heute werden unübersehbar die Weichen für eine Fortsetzung der Liäson nach 2008 gestellt. Doch Vorsicht: Die Anzeichen mehren sich, dass die Bürger den Schall und Rauch durchschauen. Helfen wir ihnen dabei, lieber auf eine erneuerte und bürgernahe SPD zu setzen.

Stefan Krappa stellv. Fraktionsvorsitzender
Beitrag für das „DISTRIKTFORUM“ der SPD Ottensen, Ausgabe Dezember 2006